

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 41 (1962)
Heft: 1

Artikel: Angst vor dem Widerspruch
Autor: Walter, Emil J.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337327>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

PROF. DR. EMIL J. WALTER

Angst vor dem Widerspruch

Der 13. August 1961 ist ein geschichtlicher Wendepunkt, ein historisches Symbol, an Bedeutung vielleicht nur zu vergleichen mit den Februarartagen des Jahres 1921, da Lenin und Trotzkij durch die Rote Armee den Aufstand der linken Arbeiteropposition und der Kronstädter Matrosen niederschlugen. Durch die Errichtung der panzersicheren Mauer zwischen West- und Ostberlin haben die Diktatoren des Ostens, Chruschtschew und Ulbricht, unmißverständlich genug zum Ausdruck gebracht, daß letzten Endes die «Angst vor dem Widerspruch» das zentrale Motiv der kommunistischen Machtpolitik bleibt. Angst vor dem Widerspruch, vor der Auseinandersetzung mit den Widersprüchen ihres eigenen politischen und wirtschaftlichen Systems, Angst vor dem geistigen Widerspruch zwischen dem politischen und sozialen Alltag und den ursprünglichen Idealen der marxistischen Lehre. Angst vor dem Widerspruch ist in erster Linie Angst vor der freien geistigen Auseinandersetzung. Eine der schärfsten Waffen gegen den Kommunismus ist heute die *immanente Kritik*, das heißt der Vergleich der kommunistischen Praxis mit der kommunistischen Ideologie.

Im Diamat, das heißt im System des dialektischen Materialismus, bilden einerseits die von Hegel, Marx und Engels übernommenen «allgemeinen Gesetze» der Dialektik, anderseits der sogenannte «Historische Materialismus», wie er in der berühmten Vorrede zur «Kritik der politischen Ökonomie» als Arbeitshypothese formuliert wurde, die zentralen Axiome. Wir haben in den Jahren 1937 und 1938 in der «Roten Revue»¹ und 1947 und 1948 in der internationalen Zeitschrift «Dialectica»² das Problem der Dialektik und ihres sachlichen und methodischen Gehaltes ausführlich erörtert. Dabei konnten wir feststellen, daß die angeblichen drei dialektischen Weltgesetze, nämlich

¹ «Kritik der Dialektik», «Rote Revue» 1937; «Warum Kritik der Dialektik? (60 Jahre Anti-Dühring)», «Rote Revue» 1938; «Blutige Selbstkritik der Diktatur», «Rote Revue» 1938.

² «Der Begriff der Dialektik im Marxismus», «Dialectica» 1947; «Die Dialektik in den Naturwissenschaften nach dem Anti-Dühring», «Dialectica» 1948.

1. das «Gesetz des Umschlages der Quantität in die Qualität», 2. das «Gesetz des gegenseitigen Durchdringens der Gegensätze» (beziehungsweise das Gesetz der Entwicklung in Widersprüchen) und 3. das «Gesetz der Negation der Negation», in der Geschichte der naturwissenschaftlichen Entdeckungen überhaupt keine Rolle gespielt haben. Der Fortschritt der Naturwissenschaften im besonderen und der empirischen Wissenschaften im allgemeinen wurde bestimmt durch das Experiment und die vergleichende Beobachtung. Arbeitshypothesen zur Erklärung der beobachteten Zusammenhänge wurden durch zusätzliche Beobachtungen oder Experimente verifiziert oder falsifiziert, das heißt bestätigt oder widerlegt. Es gibt im ganzen Bereich der naturwissenschaftlichen Forschung keinen einzigen Fall, in welchem die von Engels formulierten angeblichen dialektischen Gesetze eine neue Erkenntnis ermöglicht oder nahegelegt hätten. Es handelt sich bei diesen dialektischen Gesetzen im Sinne der bedeutsamen Schrift von Ernst Topitsch³ um logische Leerformeln, um eine Sprechweise, mit der man jeden beliebigen Sachverhalt durch Begriffsverschiebung «beweisen» oder «deuten» kann. Die Praxis der kommunistischen Politik hat sich dieses Kunstgriffes einer angeblich wissenschaftlichen Begründung der Ziele der kommunistischen Politik denn auch in umfassendem Maße bedient. Zuerst werden bestimmte taktische und strategische Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Systems der kommunistischen Einparteiendiktatur und der Methoden des demokratischen Zentralismus festgelegt, worauf die «dialektische Begründung» folgt. Versagt in einem besonderen individuellen Fall die entsprechende «Dialektik», so greift die Geheimpolizei (Tscheka, NKWD) zielbewußt ein, entweder durch psychische oder physische «Liquidierung» im In- und Ausland oder durch Abtransport in die Konzentrationslager.

Die innere geistige Schwäche des kommunistischen Systems kann zwar äußerlich verdeckt werden durch aggressive Vorstöße auf internationalem Gebiet, vor allem, wenn es der kommunistischen Internationale gelingt, in unterentwickelten Gebieten dank besonderen politischen Verhältnissen, wie zum Beispiel in Kuba nach dem Sturz der Diktatur Batistas oder in Afrika oder Asien nach der überstürzten Liquidation der europäischen Kolonialherrschaft, mehr oder weniger Fuß zu fassen. Die politische Entwicklung in Sowjetrußland nach dem Tode Stalins, die Entwicklung in den Satellitenstaaten, der DDR, in Polen und Ungarn, um bloß die wichtigsten Gefahrenherde für die kommunistische Weltpolitik in Europa anzudeuten, sind ein Beleg dafür, daß innerlich, geistig gesehen, das kommunistische System nichts so sehr fürchten muß als gerade die freie Diskussion und Aussprache. An und für sich läßt sich leicht zeigen, daß Planwirtschaft oder Zentralverwaltungswirtschaft keineswegs zwangsläufig zur Diktatur führen muß. Es

³ Ernst Topitsch: «Vom Ursprung und Ende der Metaphysik», Wien 1958.

ist ohne weiteres eine Wirtschaftsordnung denkbar, in der planwirtschaftliche Maßnahmen in einem politisch demokratischen System eingeführt werden. Anderseits kann man sich auch eine voll verstaatlichte Wirtschaft denken, die nach marktwirtschaftlichen Prinzipien arbeitet, sofern sich die Leiter der verstaatlichten Betriebe auf dem Markte gegenseitig konkurrenzieren und die Bedarfsdeckung nach den Wünschen der letzten Konsumenten ausgerichtet wird.

Der sogenannte historische Materialismus von Marx, nach dem nicht das «Bewußtsein das Sein, sondern das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein» bestimmt, behauptet, der ideologische Überbau der Gesellschaft werde durch die wirtschaftlichen Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse kausal determiniert. Einer bestimmten Produktionstechnik und bestimmten Produktionsverhältnissen, zum Beispiel kapitalistischen Produktionsverhältnissen, sollte eine kapitalistische Staatsverfassung, der «bürgerliche Ausbeuterstaat», entsprechen. Danach — das war die Schlußfolgerung des Marxismus-Leninismus — mußte die Ausbeutung verschwinden, sobald das kapitalistische Eigentum und damit die kapitalistischen Produktionsverhältnisse durch die sozialistisch-kommunistischen Produktionsverhältnisse ersetzt worden sind. «Sind im Laufe der Entwicklung die Klassenunterschiede verschwunden und ist alle Produktion in den Händen der assoziierten Individuen konzentriert, so verliert die öffentliche Gewalt den «politischen Charakter», heißt es im «Kommunistischen Manifest», denn «die politische Gewalt im eigentlichen Sinne ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer anderen.»

Dieser Satz ist einer der zentralen Glaubenssätze der offiziellen Doktrin des Kommunismus. Aber die kommunistische Praxis ist nichts anderes als seine greifbare, augenscheinliche Widerlegung oder Falsifikation. Um den handgreiflichen Widerspruch zwischen der kommunistischen Praxis und der kommunistischen Ideologie zu überbrücken, ist das kommunistische System auf den Terror angewiesen, bildet die kommunistische Geheimpolizei das wichtigste Werkzeug zur Erhaltung und Sicherung der sogenannten Diktatur des Proletariates. Als nach dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der UdSSR die interne Diskussion innerhalb der kommunistischen Einheitsparteien gelockert wurde, schwemmte die Freigabe dieser Diskussion in der DDR, in Polen und vor allem in Ungarn alle Dämme, welche die Diktatoren nach dem Vorbilde Stalins zur Sicherung ihrer persönlichen Herrschaft errichtet hatten, in wenigen Tagen hinweg. In der DDR und in Ungarn mußte die kommunistische Diktatur durch die Panzer der russischen Besatzungsarmeen gesichert werden. In Polen vermochte Gomulka die unterirdische Erschütterung des kommunistischen Systems durch eine elastische Taktik aufzufangen, mußte aber doch für längere Zeit der ideologischen Kritik am offiziellen Kommunismus Ausdrucksmöglichkeiten schaffen. Gerade aus die-

ser Periode der polnischen Entwicklung nach 1956 bis 1958/59 sind literarische Zeugnisse zu verzeichnen, welche die latente Angst der kommunistischen Diktatoren vor dem geistigen Widerspruch erkennen lassen. Neuerdings wird berichtet, daß unter der Führung von Prof. A. Schaff die Anwendung der Methoden der empirischen Soziologie des Westens auch im Ostblock größere Verbreitung findet.

Wir greifen nur ein einziges, aber charakteristisches Beispiel heraus. In der «Kölner Zeitschrift für Sozialpsychologie und Soziologie» wurde 1959 von Prof. Dr. René König ein beachtenswerter Aufsatz des polnischen Soziologen A. Malewski «Der empirische Gehalt des historischen Materialismus» in deutscher Übersetzung publiziert. Dieser Artikel zeigt, wie bedeutsam und politisch wirksam eine immanente Kritik marxistischer Thesen sein kann, wenn hinter dem Eisernen Vorhang die freie Diskussion möglich wird. Malewski lehnt inhaltlich sowohl metaphysische, eschatiologische Konstruktionen wie auch rein kämpferische Formulierungen der Lehre des historischen Materialismus ab. Er konzentriert sich auf den wissenschaftlichen, theoretischen Gehalt des historischen Materialismus, um diesen Gehalt in Form von soziologischen Aussagen zu überprüfen. Danach behauptet die Lehre des historischen Materialismus *bestimmte Beziehungen zwischen der Lebenslage, den Anschauungen und dem Verhalten von Menschen und Menschengruppen*, mit anderen Worten bestimmte Einwirkungen des «gesellschaftlichen Seins auf das Bewußtsein der Menschen». So verwerfe eine privilegierte Gruppe mehrheitlich eine Lehre, welche ihre Privilegien abschaffen wolle. Mit anderen Worten auf das politische System hinter dem Eisernen Vorhang angewendet, bekämpfen die Apparatschiks der kommunistischen Parteidiktatur mit Leidenschaftlichkeit und ideologischer Überzeugung alle Versuche, ihre politischen und sozialen Privilegien anzutasten. Dagegen breite sich eine solche Lehre oder Ideologie in Gruppen aus, die keine Privilegien genießen. Mit anderen Worten, hinter dem Eisernen Vorhang kann eine freie Diskussion nicht zugelassen werden, weil sonst die Privilegien der KP-Bonzen gefährdet werden. Bei Konflikten zwischen Interessen und Ideologien verhalten sich die Menschen in ihrer großen Mehrzahl interessengemäß. Mit anderen Worten, hinter dem Eisernen Vorhang richten sich die Kolchosbauern nicht nach dem Kolchosstatut, sondern nach den wirtschaftlichen Möglichkeiten, welche ihnen die zusätzliche Arbeit auf dem privaten Hofland bietet. Oder die Arbeiter der Industriebetriebe sabotieren kollektiv die ihnen von der staatlichen Bürokratie aufgezwungenen Maßnahmen der Sklavenarbeit mit Hilfe informeller, auch durch die Geheimpolizei praktisch nicht durchbrechbarer Gruppensolidarität. Schon Marx hat im «Kapital» festgestellt, daß Sklavenarbeit sich nicht mit den Anforderungen der modernen technischen Präzisionsarbeit verträgt. Und schließlich werde bei andauernden Konflikten zwischen Interessen und Ideologie die

Ideologie den Interessen angepaßt, eine Feststellung, die durch zahllose soziologische Studien über alle Zeiten und alle Teile der Erde bestätigt werden kann. So sind zum Beispiel die Anpassungen der kommunistischen Doktrin an die veränderten politischen Verhältnisse unter Stalin und Chruschtschew, die offensichtlichen Verfälschungen der historischen Wahrheit, die Methoden der kommunistischen Propaganda und der Schauprozesse, aber auch die Anpassung der Ideologie der nordamerikanischen Südstaaten an die Verfassung der USA, das Verhalten der Franzosen in Algier und der Weißen in Südafrika und Südrhodesien, die zahllosen kurzsichtigen politischen Entscheide zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, die mangelhafte Erfassung der politischen Notwendigkeiten im belgischen Kongo oder in den portugiesischen Kolonien usw. eindeutige Belege für diese vierte, aus dem historischen Materialismus deduzierbare Arbeitshypothese. Abgesehen von der voreiligen Verallgemeinerung, daß «die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen» sei, kann die Verifikation der vorstehend formulierten, aus der Konzeption des historischen Materialismus abgeleiteten vier Arbeitshypothesen durch die geschichtlichen Ereignisse wohl kaum bestritten werden.

Dagegen kann ebenso klar und eindeutig gerade auf Grund der allgemeinen Entwicklung des Kommunismus und der Verhältnisse hinter dem Eisernen Vorhang die Behauptung des historischen Materialismus, wonach der Staat «nur» einen ideologischen Überbau über der ökonomischen Grundlage der Gesellschaft darstelle, als falsch bezeichnet werden. *Der Staat beziehungsweise die politische Gewalt ist eine selbständige wirtschaftliche Potenz.* Es genügt unter anderem, zum Nachweis dieses Tatbestandes auf die verschiedene wirtschaftliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik und der westdeutschen Bundesrepublik hinzuweisen. Der wirtschaftliche Start beider deutscher Staaten ging nach dem Zweiten Weltkrieg ungefähr vom gleichen niedrigen Niveau aus. Das ostdeutsche Wirtschaftssystem wurde aber im Vergleich zum westdeutschen Wirtschaftssystem oder zu den wirtschaftlichen Verhältnissen in Westberlin ein klarer, eindeutiger Versager. Sklavenarbeit spornt nicht zu Höchstleistungen an. Zudem können durch die politische Macht soziale Randbedingungen gesetzt werden, welche den allgemeinen Wirtschaftsprozeß auf das Tiefste beeinflussen und bestimmen können. Marx und Engels irrten, als sie glaubten, die Wirtschaft bestimme im Sinne eines eindeutigen Kausalverhältnisses das politische Geschehen, die Staatsform und die staatliche Politik. Der Einfluß politischer Maßnahmen auf das wirtschaftliche Geschehen, auf die Verwertung der technischen Produktivkräfte und die Gestaltung der Produktionsverhältnisse kann nicht übersehen werden. Gerade heute ist eine Fortbildung der Theorien über die wirtschaftliche Entwicklung unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse in den sogenannten unterentwickelten Gebieten eine gebiete-

rische Notwendigkeit. Das ist eine Aufgabe, welche in erster Linie die noch kaum ausgebauten *ökonomische Soziologie* zu bearbeiten hat. Mehr und mehr wird auch im Westen erkannt, daß die von Marx aufgeworfenen soziologischen, wirtschaftstheoretischen und politischen Probleme kritisch überprüft werden müssen. Marx hat in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts wichtige soziologische Erkenntnisse formuliert. Anderseits aber ist eine immanente, das heißt von den Gedankengängen des Marxismus aus geführte Kritik des kommunistischen Diktatursystems eine der wichtigsten geistigen Waffen gegen den kommunistischen Totalitarismus. Denn nichts fürchtet der kommunistische Staatsapparat mehr als den geistigen Widerspruch. Diese Angst vor dem Widerspruch, die Angst vor der Konfrontation der politischen Praxis mit der marxistischen Ideologie zwingt die DDR, die Satellitenstaaten und die UdSSR, ihr Land durch einen Eisernen Vorhang vor dem Kontakt mit dem Westen zu schützen. Vielleicht darf sogar behauptet werden, die Wiederaufnahme der Atombombenversuche hatte in allererster Linie die Aufgabe, den Westen von einer aktiven Politik gegenüber den Satellitenstaaten abzuhalten, falls die am letzten Parteitag der russischen KP beschlossene Entstalinisierungskampagne ein zweites Mal zu innenpolitischen Erschütterungen im Stile der Ungarnrevolte vom Jahre 1956 führen sollte. Jene Doktrin, welche angeblich den Sieg des Weltkommunismus auf die Widersprüche des kapitalistischen und imperialistischen Weltsystems gründet, hat ihrerseits eine phobische Angst vor dem geistigen Widerspruch in den eigenen Reihen. Aus dieser Einsicht gilt es im Westen in aller Ruhe die politischen und taktischen Konsequenzen zu ziehen.

HEINZ ROSCHEWSKI

Neue Aufgaben und neue Wege in der Freizeitgestaltung

Wir erstreben eine Erwachsenenbildung, welche die persönliche Selbständigkeit fördert und zu sinnvoller Gestaltung der Freizeit anregt. Neben der Ausbildung von Wissen und Können sind auch die Gebiete der menschlichen Beziehungen und des Musischen zu pflegen. Vermehrte Freizeit kann die äußeren Bedingungen dafür schaffen, daß der Mensch wieder zu sich selbst findet, daß er Zeit hat für die Familie, für die Tätigkeit in freien Gemeinschaften, für Muße. Der öffentlichen Hand kommt die Aufgabe zu, private nicht-kommerzielle Bestrebungen der Volksbildung und der Freizeitgestaltung zu fördern.

(Aus dem neuen Parteiprogramm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz.)